Kleiner Beitrag zur Geschichte der sächsischen Konstitutionen und des Sachsenspiegels.

Von

Herrn Professor D. Theodor Muther in Rostock.

Gewöhnlich wird angenommen, daß die Konstitutionengesetzgebung des Kurfürsten August von Sachsen vom Jahr 1572 in erste Anregung gebracht worden sei durch die Kurfürstlichen Stände, welche im Jahr 1565 unter anderem auch das „Bedenken“ vorbrachten: „Es werden in den Schöppenstühlen in Ew. Churf. Gn. Landen in vielen Fällen ungleiche und widerwärtige Urtheil gesprochen, daraus nicht kleine Unrichtigkeiten erfolgen; bitten deshalb Ew. Churf. Gn. geruhen gnädigst ephliche fürnehme Juristen beneben ephlichen der Landschaft, so der Landesbräuche kundig, zu verordnen, die solcher streitigen Fälle halber sich nothdürftig unterreden wie hinfüro darin gesprochen werden soll, vergleichen.“¹⁾

Gewiß ist dieses „Bedenken“ nicht ohne Wirkung geblieben und immerhin mag man es als nächste Veranlassung der Konstitutionengesetzgebung betrachten, dennoch würde man sehr irren, wenn man der Ansicht wäre, daß damals erst ein Bedürfnis nach Kodification des bestehenden Rechts in Sachsen gefühlt und laut geworden sei. Georg Menius irrt wohl nicht, wenn er berich-

¹⁾ Schletter, die Konstitutionen Kurfürst Augusts SS. 38. 39. Böhlaus in der (heidelb.) Krit. Ztschr. Bd. V. S. 108.

tet, Kurfürst August habe schon längere Zeit vorher eine amtliche Feststellung des Verhältnisses zwischen Sachsenspiegel und Röm. Recht beabsichtigt, denn die Nothwendigkeit solcher Feststellung war in Sachsen von kompetenter Seite bereits seit dem Ende des 15. und im Laufe des 16. Jahrhunderts oft anerkannt worden.

Um das Jahr 1493 fanden bei dem gemeinschaftlichen Sächsischen Oberhofgericht zu Altenburg und Leipzig Verathungen über eine neu zu erlassende Oberhofgerichtsordnung statt. Letztere kam auch wirklich zu Stande und ist uns erhalten, sie steht z. B. abgedruckt bei C. G. Kretschmann, Geschichte des Churfürstl. Sächs. Oberhofgerichts 2c. SS. 45 ff. Die aus der Vorberathung des Hofgerichts selbst aber hervorgegangenen Vorschläge befinden sich handschriftlich im Großherzogl. und Herzogl. Sächs. gemeinschaftlichen Archive in Weimar in einem Fascikel: „Schriften des Hoffgerichts zu Leipzig belangende“ (R. O. fol. 383—385). Unter den Vorschlägen interessirt uns hier vorzugsweise einer, welcher in den Artikel gefaßt ist:

„Item das der Sachsenspiegel gereformirt werde also das man nach lantleuffiges Sechsischs Rechts spreche.“

Dieser Wunsch blieb für damals unerfüllt. In der wahrscheinlich 1495 publicirten Oberhofgerichtsordnung des Kurfürsten Friedrich und der Herzoge Johann und Georg wird vielmehr verordnet:

„Item Sechsische Recht wie dy außgedruckt zcu halten, ausgeschlossen dy artigkell von der heiligen kirchen abgethann vnnnd reprobiret.“

Hierin scheint gegenüber der Oberhofgerichtsordnung des Herzogs Albrecht von 1488 sogar eine saxonisirend-reactionäre Tendenz enthalten zu sein, denn jene hatte vorgeschrieben:

„Es sullen auch alle Sachenn vor dem gerichte nach Sechßigischenn Rechtenn, wu das rechtlich vnd bestendigk, ausgedruckt, versprochenn werddenn wu es aber vnaußgedrucket tunkel adder vnvornemlich ist, Sal es erfüllunge vnd dewtunge nach gemeynen Rechtenn nehmen.“

Dem sei aber wie ihm wolle: die Opposition, welche im Schoß des Gerichts wider die unmittelbare und ausschließliche Anwendung des Sachsenspiegels sich erhoben hatte, dauerte fort und ist nicht bloß dem Einfluß der rechtsgelehrten Mitglieder des Gerichtshofs zuzuschreiben. Vielmehr verstand man ganz allgemein den Sachsenspiegel nicht mehr und kam bei seiner Anwendung jeden Augenblick in Verlegenheit.

Für diese Behauptung berufe ich mich auf eine im Großherzogtl. und Herzogl. Sächsischen gemeinschaftlichen Archive in Weimar (R. O. p. 385 und 386 B. P.) befindliche interessante Urkunde.

Im Jahr 1534 hatte Kurfürst Johann Friedrich dem Oberhofgericht einen Gesekentwurf zur Begutachtung zugehen lassen, welchen dasselbe mittelst Berichts dd. Dienstags nach Trinitatis 1534 remittirte. Darin heißt es: von dem Oberhofgericht sei den Artikeln, welche der Kurfürst zur Begutachtung habe übergeben lassen, eine fleißige und eingehende Berathung gewidmet worden. Man finde, daß der Kurfürst geneigt sei, die alte Ehrbarkeit zu erhalten und allerhand neue Laster zu strafen, auch was „irrige und ungewisse Rechtsfälle sind, dieselben in gewisse Ordnung zu bringen und reformiren zu lassen.“ Trotz aller Anerkennung dieses Bestrebens sei es dem Oberhofgericht unmöglich, die vorgelegten Artikel in „Beschuß und Ordnung“ zu bringen. Der Gründe seien mehrere, besonders aber hebe man hervor, daß noch viele andere Fälle, Sachen und Mißbräuche in des Kurfürsten Landen einer Besserung und Reformation bedürften:

„Sunderlich das vvorstentlich Buch des Sachssen-
spiegels des zwespoldigen vorstandt vilerley vnбилliche
vrtail gefallen vnd im lande vil Zcang (Zank) vnnd
hadder Auch verletzung der lewthe eyngefurt werde,
Also wo dem keine enderung vnnd reformation ge-
macht würdet das man durch dysse E. C. F. G. vnd
andere mehre artickel alleyn vnsers vnderthenigen
bedenkens den Missbrauch im lande nicht vfheben
noch vorkommen magk. Vnnd habenn derhalb vf
Ew. Ch. G. vnnd derselben Vetteren Verbesserung
gedocht des dyss der beste vnd fuglichste Wegk
seyn solte, daß Ew. Churf. g. vnd derselben Vetter,
wie vormals auch vor beqwem angesehenn durch

etliche Irer gelarten vnd erfarnen laysche Rethen den Sachsenspiegel vornehmen lesen, das sye die Artickel dy Nymandts vorstehet vnd dy onicht Im gebrauch Auch an Inen selbst vnrecht vnnd beschwerlich vnnd dye Im rechten albereit vorsehn seyn sampt den vnschicklichen glossen dovon theten vnd dy nutzlichen Artickel dy Im gebrauch, der billickeit vnnd rechten gemeß seyndt In eyne guthe ordnung Nach den Tittln brechten, Unnd dobey dysse ehwere Churf. g. vnnd andere mehr artickei dye zu erhaltung guter polizey vnd rechtens Im lande vor guth angesehen, Addition Weyse adder hynden am ende ordenthenn sampt anderen allen Ewere Churf. g. vnd derselben Vettern albereit außgegangenen guten ordnung des Oberhofgerichts, der Wucherer, bevehder, blackerey, Muntz vnnd des lehengerichts halber etc. damit man also in E. C. f. g. vnnd derselben vettern landen eyn städtlich vnnd gewiß landrechtsbuch hette, des sich ein Yder zugebrauchen wußte neben dem keyserrecht. In den fellen dy In solchen des landes Rechtbuche nicht außgedruckt seynt, vnnd mvsten dye gemeynen felle wodurch Eyner Ehrloß lehnloß anruchtig wirckt, was wucher sey clar außgedruckt vnd eyn statlicher proceß vnd form¹⁾ vnd beneben dem andern In druck bracht werden, donach sich eyn Yderman wußte zu richten vnd sich mit keyner vnwissenheit zu entschuldigen hatte, vnnd das solchs alßdann E. C. F. G. zugeschickt wurde ferner zu beradtschlagen vnndt was E. C. f. g. vetter vnd E. C. f. g. sich darauf entschliessen wurden, des solchs beiderseits landschaft vorgetragen vnnd also eyn bestendigk Rechtsbuch ordnung vnd policey mit der landschaft bewilligung gemacht vnd in druck bracht wurde.“

Der Kurfürst Johann Friedrich antwortete dem Oberhofgericht, der Vorschlag wegen Reformation des Sachsenspiegels sei zu weit

¹⁾ Nicht lesbar.

aussehend, man möge daher zunächst die auf Beseitigung des dringendsten Bedürfnisses berechnenden Artikel beraten.

Dennoch scheint der Plan, den Sachsenspiegel zu reformiren, dem Kurfürsten nicht mißfallen zu haben. Dem zum Beweise und um zu zeigen, daß der Gedanke des Oberhofgerichts später in beschränkter Weise auf Privatweg zur Ausführung kam, will ich noch ein Schreiben des berühmten Wittenberger Juristen D. Melchior Kling an Kurfürst Johann Friedrich zu Sachsen, dd. Sonntags nach Allerheiligen 1542, folgen lassen, dessen Original im Weimarer Kommunalarchiv (R. O. lit. CCC (No. 3.) Fol. 159) aufbewahrt wird.

Im ersten Theil des Briefes entschuldigt sich Kling, daß er sein beifolgendes Institutionentwurf dem Kurfürsten nicht gewidmet habe, „wie er doch billig hette thun sollen, weil er's in S. Kurf. Gnad. Universität geschrieben;“ Grund dieser Unterlassung sei die beabsichtigte Dedication der von Kling besorgten, demnächst erscheinenden Ausgabe der *Consilia Dⁿⁱ Henningi* (Goede) an den Kurfürsten. Hierauf fährt Melchior Kling fort:

„Zum Andern, Gnedigster Churfürst und Herr wissen E. C. Gn. gnediglich wie gantz ane ordnung das Sechsisch Recht geschriben ist, das sich schir Niemandts darein Richten kan. Vnd ist doch in teglicher vbung. da Ich aber gehort habe das e. Ch. g. sambt derselbigen Vettern zum oftermal furgehabt etliche Rethe zusammen zu ordnen die den Sachsenspiegel Inn ein ordnung brachten die auch statlich dafür haben besoldt werden sollenn, vnnd aber gleichwoll solches bis anhero verblieben, So were ich des vnderthenigen erbietens wo e. c. g. mich für solche muhe die mit großem vleis geschehen muss gnediglichen bedenken, vnnd solchs derselbigen gefallen wolt, das Sechsisch Recht In eine Solche ordnung zu bringen das es ein Jeder leichtlich verstehen vnnd sich drein richten solt, vnnd wolt e. c. g. als dem Burggrauen vnnd obersten Haupt vff Sechsischem poden dasselbige zuschreibenn. Die ordnung aber die Ich halten wolt solte die sein, das ich den Sachssenspiegel In vier teil teilen vnnd dorein alle

die Materien so dorinne begriffen bringen wolte Das erste teil solten sein die tittl von den personen als von Römischen konig, von Burggrauen, schultheis, Scheppen, fronebot, vorspreche, Cleger, beclagter, Anwald, Vormunde, Zeugen, vnnd dergleichen, vnd was von einem Jetzlichen der Inne befunden wurt auch was sein Ambt ist das wolte ich ordenlich vnndter einen jetzlichen tittl bringen, Das Ander teil sein der proces als von Citation, vngheorsam, Clag, Anthwort, beweisung mit Zeugen oder briefflichen vrkunden, Eidesleistung, vrteil, straffung der vrteil, Executio, vnnd was dergleichen mehr befunden zum proces gehorende. Das dritte teil solte sein von allerley Clagenn als wen zu einem guet oder Anderer gerechtigkeit geclagt wurde, darein wirt komen von eigenthumb vbergab verjarung posses, Erbgerechtigkeit als Erbgeredt, Morgengab, Mueßteil, hergewett, Item von dienstbarkeiten, als trifft, vnnd dergleichen gerechtigkeiten die einer uff eines andern grundt vnnd poden hatt. Item die personliche Clage die aus den contracten herfließen als verleihen, hinterlegen, pfandschaft, zusage mit handtgebender treu, verpflichtung mit brief und sigil, burgschafft, kauffen, verkauffen, mieten, vermieten, Gesellschaften vnnd dergleichenn, das vierte teil solte sein von peinlichen sachen wie die burgerlich oder peinlich solten gesucht werden dorein wurt auch kkommen von puß, wehrgelt, wette vnnd dergleichen, vnnd wolte es mit gueten verstendigen deutzschenn wortenn, vermittelst gottlicher hülffe dermassen schreiben das In gantzen Sachssenspiegel nicht ein einige Zeil sein solte, die nicht vnter Iren ordentlichen tittl gebracht were. Wo nun solches e. c. g. gefallen vnnd dieselbig mir das widerumb gnediglich antzeigen wurden, so wil ich das werk so bald vor die handt nehmen vndt also fürdern das es e. c. f. g. meines verhoffens gefallen vnd der landtschafft nutz sein solte. Vnndt e. c. g. meines vermugens zu dienen bin ich zu vnderthenigkeit ganz willig.“ Dat. etc.

Hierauf antwortete Kurfürst Joh. Friedrich aus Köthen unter dem Datum: Montags nach Elisabeth 1542. Er versichert, es gern zu hören, daß Melchior Kling den Sachsenspiegel in Ordnung bringen wolle und ermuntert ihn, das Werk in Angriff zu nehmen und zu fördern. Bevor jedoch dasselbe in Druck gegeben werde, solle es ihm (dem Kurfürsten) zur Durchsicht eingereicht werden. Für seine Mühe und Arbeit soll Kling eine „stattliche Lohnung“ erhalten.

In der That ging Melchior Kling an's Werk. Doch die Arbeit zog sich länger hinaus als er vermuthet hatte. Kurfürst Joh. Friedrich hatte längst die Kurwürde und den Kurkreis verloren, ja er hatte bereits das Leben verlassen, als ein Jahr vor Publikation der *Constitutiones Augusteae* Melchior Kling's Buch: „Das Ganze Sächsisch Landrecht mit Text vnd Gloss, in eine richtige Ordnung gebracht“ zu Leipzig in Folio erschien. Der Autor selbst war vor Vollendung des Drucks um Ostern jenes Jahres zu seinen Vätern eingegangen, er erlebte es also nicht mehr, daß anstatt eines reformirten Sachsenspiegels eine umfassende neue Gesetzgebung Grundlage der Weiterentwicklung des Sächsischen Rechts wurde.